

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

**Ermittlungsstand zu den Tötungsdelikten in Jugendeinrichtung in Stade**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 06.07.2026

Am 29. Juni 2026 ereignete sich gegen 12:10 Uhr in einer Jugendhilfeeinrichtung mit Mutter-Kind-Wohngruppe in der Dankersstraße in Stade eine schwere Gewalttat, bei der sechs Mitarbeiter - drei der privaten Träger-Einrichtung und drei des Jugendamts der Region Hannover - durch Schüsse getötet wurden. Fünf Opfer starben noch am Tatort bzw. trotz Reanimationsversuchen vor Ort, ein sechstes erlag später im Krankenhaus seinen Verletzungen. Bei den Opfern handelt es sich ausschließlich um anwesende Mitarbeiter, die zu einem sogenannten Hilfeplangespräch im Rahmen eines Umgangsrechtsverfahrens vor Ort waren.<sup>1</sup>

Als mutmaßlicher Täter gilt ein 45-jähriger, türkischer Staatsangehöriger aus der Region Hannover. Er war polizeibekannt und hatte einen Termin in der Einrichtung im Kontext eines eskalierenden Sorgerechts- bzw. Umgangsrechtsstreits um seine dreimonatige Tochter. Die Mutter des Kindes und das Kind selbst befanden sich zum Tatzeitpunkt in der Einrichtung und blieben unverletzt. Der Tatverdächtige soll die Tatwaffe (samt Munition) etwa eine Woche zuvor in Berlin erworben haben, floh nach der Tat mit einem Fahrzeug und wurde kurz darauf festgenommen. Er befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Das Amtsgericht Stade hat nach Presseberichten Haftbefehl wegen sechsfachen Mordes erlassen; die Staatsanwaltschaft Stade sieht insbesondere die Mordmerkmale der Heimtücke und niedriger Beweggründe als erfüllt an.<sup>2</sup>

Hintergrund der Tat ist Medienberichten zufolge ein seit April 2026 andauernder Rechtsstreit um das Umgangsrecht für die gemeinsame Tochter. Dieser habe begonnen, nachdem das Kind als Notfall in der Medizinischen Hochschule Hannover behandelt worden sei und Ärzte den Verdacht auf ein Schütteltrauma geäußert hätten. Die Eltern hätten dem Verdacht widersprochen; es seien Strafanzeigen beider Seiten gefolgt. Das Kind sei zwischenzeitlich von den Eltern getrennt und später unter Auflagen wieder der Mutter überlassen worden. Seit dem 26. Mai 2026 hätten Mutter und Kind gemeinsam in der Einrichtung in Stade gelebt. Der Tatverdächtige sei zuvor wegen des Verdachts der Misshandlung von Schutzbefohlenen in den Fokus der Staatsanwaltschaft Hannover geraten.

Am Steuer des Fluchtfahrzeugs habe eine 65-jährige Frau gesessen, die sich als Patentante des Kindes bezeichnet habe. Sowohl sie als auch die 34-jährige Mutter des Kindes seien zunächst in Gewahrsam genommen worden. Medienberichten zufolge führt die Staatsanwaltschaft Stade nun auch gegen die Mutter und die Patentante Ermittlungsverfahren wegen des Tatvorwurfs des Mordes; eine mögliche Beteiligung an der Tat sei weiterhin Gegenstand der Ermittlungen. Ein Haftbefehl liege gegen die beiden Frauen derzeit nicht vor. Medienberichten ist außerdem zu entnehmen, dass die Fluchtwagenfahrerin die Schwiegermutter eines SPD-Politikers ist.<sup>3</sup>

Die Ermittlungen führt die Staatsanwaltschaft Stade; eine Mordkommission ist eingesetzt. Der genaue Tathergang, die genauen Hintergründe sowie mögliche weitere Tatbeteiligte oder Mittäterinnen/Mittäter sind weiterhin Gegenstand laufender Ermittlungen. Die Opfer wurden bislang nicht na-

---

<sup>1</sup> [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg\\_heide\\_unterelbe/schuesse-in-stade-was-ueber-die-gewalttat-bekannt-ist-ein-ueberblick,faq-stade-100.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/schuesse-in-stade-was-ueber-die-gewalttat-bekannt-ist-ein-ueberblick,faq-stade-100.html)

<sup>2</sup> <https://www.bild.de/regional/niedersachsen/6-menschen-in-stade-erschossen-mutter-patentante-unter-mordverdacht-6a47cb552e8f13ca8ed2b2fa>

<sup>3</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article6a4745027917343af06754e5/sechs-tote-in-stade-schwiegermutter-von-spd-migrationsbeauftragtem-fuhr-fluchtwagen.html>

mentlich öffentlich gemacht; bislang liegen keine Hinweise auf politische, wirtschaftliche oder clanbezogene Motive vor.<sup>4</sup> Jüngste Medienberichte von *BILD*, *Die Welt* und *ntv* machen jedoch deutlich, dass der Tatverdächtige wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern (darunter wohl auch seine eigene Tochter) in der Türkei polizeilich gesucht wird und vor Jahren bereits aus türkischer Untersuchungshaft ausbrach, was erneut Fragen nach seinem Aufenthalt in Deutschland und den Vorkenntnissen von deutscher Polizei und Justiz aufwirft. Da die genauen Ermittlungsergebnisse zu Tatbeteiligten (einschließlich möglicher Mittäter) und Opfern sowie zum aktuellen Verfahrensstand öffentlich nur begrenzt bekannt sind und die Medienberichte (u. a. von *BILD*, *NDR*, *tagesschau.de* und *DER SPIEGEL*) auf polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Angaben beruhen, wird die Landesregierung um Auskunft zum aktuellen offiziellen Ermittlungsstand gebeten.

1. Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Landesregierung und den Ermittlungsbehörden zum genauen Tathergang am 29. Juni 2026 vor, insbesondere zur Reihenfolge der Schüsse, zur Anwesenheit aller Beteiligten im Raum und zu möglichen Warnsignalen unmittelbar vor der Tat?
2. Welche Risiko- und Gefährdungsanalysen wurden vom Jugendamt der Region Hannover und vom Familiengericht Neustadt am Rübenberge vor dem Hilfeplangespräch am 29. Juni 2026 durchgeführt, und warum wurde das Gespräch trotz bekannter Konfliktlage und polizeilicher Vorkenntnisse über den Vater in Stade ohne verstärkte Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt?
3. Seit wann und in welchem Umfang hatte das Jugendamt der Region Hannover sowie die Staatsanwaltschaft Hannover Kenntnis von früheren Vorwürfen gegen den Tatverdächtigen (insbesondere Misshandlung von Schutzbefohlenen/Schütteltrauma-Verdacht und weitere polizeiliche Erkenntnisse), und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
4. Welche genauen Entscheidungen hat das Familiengericht Neustadt am Rübenberge seit April 2026 im Sorgerechts- und Umgangsrechtsverfahren getroffen, und auf welcher Grundlage wurde die dreimonatige Tochter der Mutter unter Auflagen wieder überlassen bzw. in die Einrichtung in Stade verbracht?
5. Welche Erkenntnisse gibt es zur genauen Rolle der 65-jährigen Patentante? Warum fuhr sie den Tatverdächtigen zum Termin und anschließend vom Tatort weg, und welche Kommunikation gab es zwischen ihr, der Mutter und dem Tatverdächtigen in den Tagen und Wochen vor der Tat?
6. Wann und auf welchem Weg hat der Tatverdächtige die Tatwaffe und die Munition erworben? Welche Ermittlungen laufen zur Herkunft der Waffe, und gab es in diesem Zusammenhang Versäumnisse bei waffenrechtlichen Überprüfungen oder Meldepflichten?
7. Warum wurde das Hilfeplangespräch ausgerechnet in der Einrichtung in Stade durchgeführt und nicht in Hannover oder unter polizeilicher Begleitung?
8. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung seit dem 29. Juni 2026 ergriffen, um mögliche systemische Versäumnisse im Jugendamt der Region Hannover und in der Zusammenarbeit mit Familiengerichten und Polizei aufzuarbeiten?
9. Welche Unterstützungsmaßnahmen wurden für die Angehörigen der sechs getöteten Mitarbeitenden sowie für die traumatisierten Kolleginnen und Kollegen in der Jugendhilfeeinrichtung und beim Jugendamt der Region Hannover eingeleitet?
10. Welche Erkenntnisse liegen zu früheren polizeilichen oder jugendamtlichen Kontakten mit dem Tatverdächtigen vor (insbesondere zu Gewalt-, Bedrohungs- oder Misshandlungsanzeigen), und warum wurde daraus gegebenenfalls keine wirksame Gefährderansprache oder Risikobewertung abgeleitet?
11. Welche Erkenntnisse liegen insbesondere über frühere Straftaten des Tatverdächtigen in der Türkei vor, welchen Austausch gab es bislang mit den zuständigen Stellen der türkischen Justiz, und kann die Landesregierung bestätigen, dass gegen den Tatverdächtigen Verfahren wegen

---

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/stade-schuesse-faq-100.html>

sexuellen Kindesmissbrauchs anhängig waren/sind und er aus einer türkischen Untersuchungs-  
haftanstalt entflohen ist?

12. Inwieweit wurde die Landesregierung bzw. das zuständige Ministerium bereits vor dem 29. Juni 2026 über den laufenden hochkonflikthaften Sorgerechtsfall und die damit verbundenen Risiken informiert?
13. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung bereits jetzt aus dem Fall für die Sicherheit von Mitarbeitenden in der Jugendhilfe und für den Umgang mit hochkonflikthaften Sorgerechtsverfahren, und welche konkreten gesetzlichen, organisatorischen oder personellen Konsequenzen sind geplant?